

Aktualisierte Fassung: „13 Unterschiede zwischen CDU und SPD“ nach endgültigem „Hamburger Programm“ der SPD

Unterschied 1: Anspruch Volkspartei

Die CDU ist die große Volkspartei der Mitte, die konservative, liberale und christlich-soziale Strömungen in sich vereint. „Die Christlich Demokratische Union Deutschlands wendet sich an alle Menschen in allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Unsere Politik beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Dabei wissen wir, dass sich aus christlichem Glauben kein bestimmtes politisches Programm ableiten lässt.“ (Z. 1 u. 2)

Die SPD versteht sich auch heute noch als „linke Volkspartei“. (Kap. 2)

Unterschied 2: Grundwerte

Die Grundwerte der CDU, die sich aus dem christlichen Menschenbild herleiten, sind Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Die Grundwerte „erfordern und ergänzen einander“ und sind gleichwertig. (Z. 10)

Die SPD spricht zwar auch von einer Gleichwertigkeit ihrer Grundwerte (Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität), es dominiert aber eindeutig die „soziale Gerechtigkeit“, verstanden als eine staatlich zu garantierende materielle Gerechtigkeit. Gefordert ist „mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Vermögen und Macht“. Die Solidarität ist ausschließlich aus der Perspektive der Hilfe für die Schwachen gesehen. Von den Pflichten derjenigen, die Solidarität empfangen, ist mit keinem Wort die Rede. (Kap. 2)

Unterschied 3: Haltung gegenüber den Herausforderungen unserer Zeit

Die CDU betont die Chancen in Gegenwart und Zukunft. Wir nehmen die Verunsicherung vieler Menschen ernst, wollen aber die Chancen, die mit den neuen Herausforderungen

verbunden sind, für eine verantwortungsvolle Politik nutzen und Zukunft gestalten. (Z. 38, 54)

Die SPD sieht mehr die Gefahren in Gegenwart und Zukunft. Sie sieht überall „Ungerechtigkeiten“ und Bedrohungen durch den „globalen Kapitalismus“ und durch „anonyme Fondsmanager“, die Firmen kaufen und verkaufen „wie Händler ihre Ware auf dem Großmarkt“ (Kap. 1).

Unterschied 4: Gesellschaftsbild

Das gesellschaftliche Leitbild der CDU ist die Chancengesellschaft, die Freiheit und Sicherheit der Menschen miteinander verwirklicht. (Kap. I, 2 u. II, 2) Politik muss für alle Menschen Chancen offenhalten. Und sie muss Bedingungen schaffen, dass Menschen befähigt werden, diese Chancen zu nutzen. Dabei ist wesentlich, dass die Herkunft nicht über die Zukunft entscheiden darf. (Z. 92) Die CDU will gesellschaftlichen Zusammenhalt – auch und gerade als Nation, durch Patriotismus und die gemeinsame Anerkennung der Leitkultur in Deutschland. (Z. 31-37) „Unsere Politik für Deutschland zielt auf eine Gesellschaft, die jedem Freiheit sichert und alle im Bewusstsein ihrer Zusammengehörigkeit verbindet.“ (Z. 27)

Das Gesellschaftsideal der SPD ist noch immer der längst gescheiterte „demokratische Sozialismus“. Sie beruft sich gar auf die „marxistische Gesellschaftsanalyse“. (Kap. 2) Dahinter verbirgt sich ein Weltbild des Klassenkampfes und ein Denken vom Kollektiv und vom Staat her. Der Staat erscheint als mächtige Regulierungsmaschinerie, die zugunsten von Gerechtigkeit überall eingreifen soll. Der Staat „bekämpft Armut“, „fördert Existenzsichernde Erwerbsarbeit, hilft bei der Erziehung, setzt auf Gesundheitsprävention“, „gestaltet den demografischen Wandel und fördert eine höhere Erwerbsquote von Frauen und Älteren“, „verhindert Ausgrenzung und erleichtert berufliche Integration“ und „entlässt niemanden aus der Verantwortung für das eigene Leben“. Das „neue Leitbild“ der SPD ist das alte: der Staat. (Kap. 3.7)

Unterschied 5: Familienbild

Die CDU bekennt sich klar zu Ehe und Familie als Fundament unserer Gesellschaft. „Familie ist überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung tragen.“ (Z. 68) Zur Familie gehört Elternschaft. Und wir sagen deutlich: „Die Ehe ist unser Leitbild der Gemeinschaft von Mann und Frau. Sie ist die beste und verlässlichste Grundlage für das Gelingen von Familie.“ (Z. 70)

Für die SPD ist Familie überall dort, „wo Kinder sind und wo Lebenspartner oder Generationen füreinander eintreten.“ Von Elternschaft ist hier nicht die Rede. Aber wenn Familie nichts mehr mit Elternschaft zu tun hat, wird sie letztlich zu einer beliebigen Form der Wohngemeinschaft und der Kühlschrank wird zum verbindenden Element. Die SPD kennt die Ehe nur als „gesellschaftliche Wirklichkeit“. Von ihrem besonderen Schutz ist nicht die Rede. (Kap. 3.8) Die SPD macht mit diesen Ansätzen den Weg frei für ein Adoptionsrecht für Homosexuelle. Ein solches Recht lehnt die CDU ab.

Unterschied 6: Erziehung und Betreuung

Für die CDU geht es darum, „echte Wahlfreiheit zu schaffen, damit Eltern entscheiden können, ob und wie sie Familie und Beruf miteinander vereinbaren“. (Z. 78) Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bleiben Angebote.

Die SPD verharrt in der alten Denke – im Grundsatzprogramm wie im Regierungsalltag: Erziehung in der Familie wird nicht gewürdigt und schon gar nicht gefördert. Das Ehegattensplitting – ginge es nach der SPD – wäre längst zur Finanzierung der Krippenplätze hergenommen worden.

Unterschied 7: Bildung

Die CDU hält am erfolgreichen gegliederten Schulsystem grundsätzlich fest. „Jeder Schüler kann etwas und hat eine Schule verdient, die es schafft, seine Stärken zu stärken.“ (Z. 98)

Leitbild der SPD-Schulpolitik bleibt die Einheitsschule, das „gemeinsame Lernen“ aller Schüler in der „Ganztagsschule“. (Kap. 3.8)

Unterschied 8: Soziale Marktwirtschaft in der Globalisierung

Für die CDU ist die Soziale Marktwirtschaft „das Erfolgsmodell, das es uns auch in Zukunft ermöglicht, in Freiheit, Wohlstand und Sicherheit zu leben.“ Wir bekennen uns zu diesem Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell „auch als Antwort auf die Herausforderungen der globalisierten Welt.“ (Z. 137) Denn für die CDU ist klar: „Nicht durch Abschottung und Überregulierung, sondern nur durch mehr Freiheit und Wettbewerb können wir die Stärke der Sozialen Marktwirtschaft erhalten.“ (Z. 149) Die Globalisierung eröffnet uns die Möglichkeit, „Standards der Sozialen Marktwirtschaft international zu verankern“. (Z. 135)

Die SPD hat nun zwar auch die Soziale Marktwirtschaft entdeckt, sieht sie aber gleichzeitig schon wieder bedroht: „Die globalen Finanz- und Kapitalmärkte, die keine Grenzen mehr kennen, stellen diese bewährte Ordnung in Frage.“ (Kap. 3.5) Und der „globale Kapitalismus“ stehe „dem Ziel einer freien und solidarischen Welt entgegen“. (Kap. 1)

Unterschied 9: Der Staat und die Wirtschaft

Für die CDU hat der Staat im Blick auf die Wirtschaft die Aufgabe, die „Unternehmen durch optimale Rahmenbedingungen zu fördern“. (Z. 163) Der Ordnungsrahmen der Wirtschaft muss dem Leistungsprinzip und dem Grundsatz der Subsidiarität entsprechen. Da wir „auf die Fähigkeit und die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger vertrauen, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen“ (Z. 29), wollen wir Tarifpartnern und Betrieben Freiräume für mehr eigenverantwortliche Entscheidungen eröffnen. Wir sind gegen staatlich vorgegebene Einheitslösungen, wo der Staat nichts zu suchen hat. (Kap. V, 3)

Für die SPD ist es eine der Kernbotschaften, dass der Staat in die Wirtschaft eingreifen muss. So muss er in der Wirtschaft die Gleichberechtigung von Mann und Frau „gesetzlich“ (Kap. 3.4) durchsetzen. Der Staat soll regulierend in die Gehaltsfindung und Einkommensverteilung eingreifen. Gesetzliche Mindestlöhne sind für die SPD ebenso selbstverständlich wie die Bemühung um „mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen und Vermögen“. (Kap. 2)

Unterschied 10: Steuerpolitik

Die CDU will ein Steuersystem nach den Prinzipien: „einfach, niedrig, gerecht“ (Z. 217), und tritt dafür ein, das „Ehegattensplitting zu einem Familiensplitting zu erweitern“: „Familien mit Kindern müssen steuerlich besser gestellt sein als Kinderlose.“ (Z. 85)

Die SPD treibt vor allem die Sorge um, dass der Staat genug Geld hat, um Gesellschaft zu gestalten. Immer wieder wird suggeriert, dass Leistungsfähige nicht genug beitragen. Steuerpolitik soll vor allem „Ungleichheit begrenzen“. (Kap. 3.5) „Mehr Gleichheit“ als steuerpolitisches Ziel der SPD zeigt: Für die SPD ist Umverteilung nicht Mittel zu dem Zweck, in die Zukunft zu investieren und Solidarität zu organisieren, sondern in erster Linie Zweck an sich selbst. Es geht der SPD darum, die Starken zu schwächen, um die Schwachen zu stärken. In Wahrheit aber führt Umverteilung für „mehr Gleichheit“ zur Schwächung aller.

Unterschied 11: Umwelt

Die CDU setzt Deutschland ambitionierte Ziele zum Schutz des Klimas. „Bis 2020 wollen wir die Treibhausgasemissionen um mindestens 30 Prozent gegenüber 1990 senken.“ (Z. 240) „Bis zum Jahr 2020 streben wir für Deutschland einen Anteil regenerativer Energien am Gesamtenergieverbrauch in Höhe von mindestens 20 Prozent an.“ (Z. 247) Die Atomkraft ist für uns eine Brückentechnologie, um diese Ziele erreichen zu können. Deshalb streben wir eine „Laufzeitverlängerung von sicheren Kernkraftwerken“ an. (Z. 248)

Die SPD stellt Klimaforderungen nicht für Deutschland, sondern „weltweit“: Den Ausstoß von Treibhausgasen will man weltweit bis 2050 halbieren. Die Erreichung eines solchen Zieles wird durch den gleichzeitig bekräftigten Atomkraft-Ausstieg völlig unrealistisch. (Kap. 3.5)

Unterschied 12: Integration

Für die CDU ist „Deutschland Integrationsland“. (Kap. VII, 3) Wir sagen, worauf es ankommt: Es geht darum, die bei uns lebenden Zugewanderten und ihre Kinder besser in unsere Gesellschaft zu integrieren. Das „Integrationsland Deutschland“ will fordern und fördern, dass sich die Hierherkommenden auf den Boden unserer gemeinsamen Leitkultur stellen und bei uns heimisch werden. Die CDU spricht sich gegen „Parallelgesellschaften“

aus. Für uns ist die Einbürgerung „Ausdruck eines erfolgreichen Integrationsprozesses“. (Z. 307)

Für die SPD ist „Deutschland Einwanderungsland“. Sie plädiert für die Möglichkeit der Mehrstaatlichkeit und für ein kommunales Wahlrecht auch für Ausländerinnen und Ausländer, die nicht aus EU-Staaten kommen. (Kap. 3.3)

Unterschied 13: Außenpolitik

Die CDU entwirft eine Außenpolitik auf der Basis der transatlantischen Partnerschaft. (Z. 312, 337, 346) Neben unseren gemeinsamen Werten sind für uns auch unsere nationalen Interessen Maßstab außenpolitischen Handelns. (Z. 341, 342)

Bei der SPD offenbaren Formulierungen die Distanz zu den Vereinigten Staaten: „Nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts schafft internationale Sicherheit. ... Wir bekennen uns zum Multilateralismus.“ (Kap. 3.1) Für die SPD gilt: „Wir müssen gleiche Nähe haben zwischen uns und Amerika einerseits, uns und Russland andererseits.“ (Peter Struck, FAS 6.5.2007)